

Frauenhandel in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist mit seiner geographischen Lage sowohl ein Transit-Bundesland, von welchem aus die Frauen weiter in andere Bundesländer oder auch Staaten gebracht werden, als auch ein endgültiger Zielort für Frauenhandel.

Frauenhandel ist eine sehr schwer feststellbare Straftat und es gibt bundesweit und auch für Schleswig-Holstein eine sehr große Dunkelziffer.

Genaue Zahlen stehen somit nicht zur Verfügung.

So selten und wenig, wie die meisten Menschen denken, ist Frauenhandel in Schleswig-Holstein jedoch nicht und es beschränkt sich auch nicht nur auf die Ballungszentren wie die großen Städte, z.B. Flensburg, Kiel oder Lübeck.

Frauenhandel ist in allen Regionen Schleswig-Holsteins vertreten.

Auf dem Land genauso wie in den Städten.

Allein die Tatsache, dass es keinen Straßenstrich gibt oder kein bekanntes Bordell in der Nähe ist, schließt nicht die Möglichkeit aus, dass Frauen zur Prostitution gezwungen oder in der Prostitution ausgebeutet werden, z.B. in Clubs, Bars, Massagesalons, so genannten Cafehäusern, in Wohnungen, im Wohnmobil an der Raststätte

Auch die beiden anderen Formen von Frauenhandel - Frauenhandel in die Ehe und Frauenhandel in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse - existieren in Schleswig-Holstein.

Diese sind im Gegensatz zu Frauenhandel in die Prostitution aber noch gering im Bewusstsein der Menschen und finden eher im privaten Bereich.

Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB) wurde erst 2005 im deutschen Strafgesetzbuch als eigener Straftatbestand eingeführt und es gibt bisher erst wenige Verfahren, die diesen Punkt zur Anklage haben oder hatten.

Der Menschenhandel in die Ehe (Heiratshandel) ist bis heute keinen eigener Straftatbestand.

contra beobachtet seit einiger Zeit aber einen kontinuierlichen Anstieg der Klientinnen in diesen beiden Bereichen.

Die Strafverfolgung des Menschenhandels in Schleswig-Holstein obliegt den acht Polizeidirektionen und dem LKA (Landeskriminalamt).

Kontakt:

contra

Postfach 35 20

24034 Kiel

Tel. 0431/55 779-190, 191

Fax 0431/55 779 150

E-mail:

contra@ne-fw.de

Internet:

www.contra-sh.de

Der überwiegende Teil von Menschenhandel betroffener Frauen sind Migrantinnen, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (in der Prostitution) betrifft auch zunehmend deutsche Frauen.

Die Hauptgruppe der Klientinnen von contra besteht aus Frauen, die von sexueller Ausbeutung betroffen sind.

Während vor der EU-Erweiterung in den Jahren 2004¹ und 2008² nur zu vermuten war, dass auch Frauen aus den neuen EU-Staaten weiterhin von Menschenhandel im Bereich der Prostitution betroffen sein könnten, bestätigte sich die Vermutung anhand konkreter Beratungsfälle seit 2004. Die Freizügigkeitsregelungen schützen nicht vor Straftaten im Bereich Menschenhandel. Da die wirtschaftliche Situation in den neuen EU-Staaten sich nur langsam an hiesige Standards angleicht, gleichzeitig EU-BürgerInnen aufgrund von Übergangsregelungen Deutschlands der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt verwehrt bleibt, ist sichtbar, dass die Täter/innen die gleichen Mittel wie bisher nutzen, um die Frauen verdeckt oder offen für die Prostitution anzuwerben, sie zu täuschen, auszubeuten und zu erpressen.

Wir haben unsere Beratungstätigkeit in Schleswig-Holstein evaluiert und ein Ranking zu den häufigsten Herkunftsländern betroffener Frauen in unserer Beratung ausgewertet. Für alle nachfolgenden Erkenntnisse müssen wir aber sagen, dass dies nur unsere Klientinnen betrifft, also die Frauen, die wir beraten haben. Ein gesamt einheitliches Bild kann das natürlich nicht ergeben. Denn wir erfahren nicht von jeder Frau in Schleswig-Holstein, die betroffen ist oder bei der es mindestens Anhaltspunkte auf Menschenhandel gibt.

Rang folge	1999 - 2004	2004-2006	aktuell
1	Polen	Polen	Polen
2	Russische Föderation	Ukraine, Rumänien, Russische Föderation	Deutschland
3	Litauen, Bulgarien	Bulgarien	Bulgarien
4	Kolumbien	Deutschland, Thailand	Rumänien, Tschechien, Serbien

¹ Am 1. Mai 2004 Beitritt der Staaten: Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn – in Deutschland mit beschränktem Arbeitsmarktzugang, auch Malta und Zypern mit freiem Zugang zum Arbeitsmarkt

² Am 1. Januar 2008 Beitritt der Staaten: Bulgarien, Rumänien – in Deutschland mit beschränktem Arbeitsmarktzugang

5	Rumänien	Kasachstan	Asien
6	Weißrussland	Weißrussland, Slowakei, Ghana	Mittel- und Südamerika
7	Ukraine	Weitere Länder/Kontinente	Afrika
8	Afrika, Deutschland		
9	Weitere Länder		

Sehr interessant sind dabei zwei Tatsachen

- erstens, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern die Zahl afrikanischer Frauen schon immer gering war, aber noch abgenommen hat
- zweitens ist auffallend, dass kaum russische Frauen vorkommen, dies entspricht wohl auch dem Bundestrend – nach Medienberichten werden Frauen aus dem russischsprachigen Raum zurzeit oftmals im arabischen Raum Opfer von Frauenhandel.

Eine weitere Feststellung ist, dass die Alterskonstellationen sich verändert haben. Zwar ist noch die Gruppe der Klientinnen zwischen 19 und 25 Jahren immer noch sehr stark vertreten, jedoch nimmt die Anzahl der Klientinnen zwischen 25 und 30 und besonders über 30 Jahren stetig zu, zusammengenommen sind die über 25-jährigen mittlerweile gleichauf.

Durch die Beratung der Frauen entsteht bei uns der Eindruck, dass die Fälle, in denen Frauen mit Zwang und Gewalt der Prostitution zugeführt werden, rückläufig sind. Viel häufiger als früher wussten die Frauen, dass sie in der Prostitution arbeiten werden.

Die Ausbeutung und Bedrohung sind jedoch eklatant, wenngleich auch sehr subtil.

Unser Eindruck ist, dass die Täter/innen gerade die legalen Wege der Prostitutionsausübung nutzen, die (EU-)Frauen beispielsweise offiziell bei den Behörden anmelden, aber die Frauen über rechtliche Gegebenheiten im Unklaren lassen.

Der Druck auf die Frauen wird unseres Erachtens häufiger sehr subtil ausgeübt, noch immer scheinen viele der Frauen äußerst starker Überwachung ausgesetzt, Drohungen gegen die Familie und die Einbehaltung des Verdienten und damit einhergehende Schuldnechtschaft scheinen immer wieder Maßnahmen der Täter zu sein, wodurch die Frauen sich in ausweglosen Situationen festgehalten sehen.

Eine besondere Gruppe von Frauen sind derzeit die der Sinti und Roma. Die Frauen stammen meistens aus Bulgarien und der Ostslowakei.

Wahrscheinlich wird diese Gruppe von Frauen noch zunehmen, wie sich gerade in unserer Beratungsarbeit Anfang des Jahres 2009 wieder gezeigt hat.

Diese Frauen haben in den seltensten Fällen einen Schulabschluss oder eine Ausbildung, sie haben kaum Arbeitsmöglichkeiten, sind in völliger Armut, großen Familien und engen Familienhierarchien sowie unter ständiger Diskriminierung durch die so genannte „weiße Mehrheitsbevölkerung“ aufgewachsen. Meist haben diese Frauen bereits kleine Kinder, um die sie sich sorgen, bei denen Adoption droht oder die im Familienverband aufgezogen werden.

Wir gehen auf diese Gruppen von Frauen ein, weil wir die Notwendigkeit sehen, mit diesen Frauen, insbesondere wenn sie als Zeuginnen zur Verfügung stehen sollen, ein sehr sensibler Umgang gepflegt werden muss.

Der Familiendruck ist aus Kenntnis einzelner Beratungsfälle dermaßen hoch, meist sind Tanten, Cousinen oder Schwestern in die Vermittlung in die Prostitution verwickelt. Gerade bei diesen Frauen in unserer Beratung zeigte sich, dass sie die Prostitution oft nicht wollten, aber da sie seit ihrer Kindheit so erzogen worden sind, dass sich alle Familienmitglieder zum Wohle der Familie einzusetzen haben, sehen sie keine andere Wahl.

Insgesamt hat sich die Art und Weise der Identifikation betroffener Frauen auch in Schleswig-Holstein stark verändert.

Während vor der EU-Erweiterung der Verdacht des Menschenhandels häufig anlässlich polizeilicher Kontrollen im Milieu festgestellt wurde und ca. 60% aller unserer Klientinnen, die wir in den Jahren 1999 - 2003 unterstützt haben durch die zuständigen polizeilichen Dienststellen an contra vermittelt wurden, stehen wir seit 2004 vor einer völlig neuartigen Situation.

Auf unsere Beratungstätigkeit bezogen, entsteht der Kontakt zu den Klientinnen nun viel häufiger durch Dritte. Der Großteil unserer Klientinnen (ca. 80%) wendet sich über Beratungsstellen, Angehörige, Bekannte, Freier, andere Stellen wie Krankenhäuser, Ärzte etc. an uns oder die Frauen melden sich selbst bei uns (z.B. weil sie unserer mehrsprachigen Faltblätter in die Hand bekommen).

Anhand der Beratungsfälle zeigt sich, dass Frauen in Schleswig-Holstein nach wie vor von Menschenhandel betroffen sind.

Auch bestätigten uns polizeiliche Dienststellen in Schleswig-Holstein, dass Menschenhandel nicht abgenommen hat.

Die Zugangswege zu den betroffenen Frauen waren aber seit der EU-Erweiterung plötzlich wie abgeschnitten. Im Bereich von contra liegt das auch daran, dass es in

Schleswig-Holstein keine Spezialermittlungsstellen und keine aufsuchende Arbeit durch Prostituiertenberatungsstellen im Milieu gibt.

In Bundesländern wie Berlin und Hamburg, wo es Spezialermittlungsstellen und aufsuchende Arbeit gibt, wurden kaum Veränderungen hinsichtlich der Zahl bekannt gewordener Fälle von Menschenhandel wahrgenommen.

Auf der Seite der Strafverfolgungsbehörden wurde der Wegfall des Verdachts des illegalen Aufenthalts benannt, wodurch die Betretung von Modellwohnungen erschwert und die Befragung potentiell Betroffener auf den Dienststellen der Polizei nicht mehr in dem Umfang wie vor der EU-Erweiterung gegeben war.

Wir von contra haben deshalb verschiedene Konzepte erarbeitet, wie der Zugang zu Betroffenen auch abseits polizeilicher Maßnahmen gelingen kann. Das ist natürlich angesichts der fehlenden aufsuchenden Arbeit im Milieu und angesichts der großen Fläche Schleswig-Holsteins eine besondere Herausforderung.

Wir haben deshalb bis heute vier Maßnahmen priorisiert:

- Wir haben ein neues 10-sprachiges Faltblatt entwickelt und weiträumig in ganz S-H verteilt
- Und wir haben unsere Informationsarbeit zu regionalen Stellen und Netzwerken intensiviert – regionale Stellen sind: Beratungsstellen, Vertreter verschiedener Berufsgruppen – Netzwerke sind:
- Als nächste Maßnahme erproben wir den Weg über das Internet – d.h. wir stellen auf unserer künftigen Internet-Seite das Angebot von contra
- Wir haben die Öffentlichkeits- und Pressearbeit erhöht

Interessante Effekte sind:

- Etwas zunehmend war die Zahl der Beratungsstellen, die Klientinnen an contra vermittelten
- Stark zunehmend war und ist die Anzahl der Frauen, die sich selbst an contra wendeten – hierzu muss man aber sagen, dass dies meist deutsche Frauen, die von Ausbeutung oder Menschenhandel in der Prostitution betroffen waren oder aber Migrantinnen, die andere Formen der Gewalt im Migrationsprozess erlebt haben.
- Zunehmend war seit 2006 die Anzahl der Freier oder männlichen Partner, die sich an contra wendeten – von vorher selten auf jährlich etwa 3-5
- Zunehmend war auch die Zahl unbeteiligter Dritter, die sich an contra wendeten: Ärztinnen, Hebammen, Lehrer/innen, Nachbarn oder Freunde

Insofern haben sich die Beratungszahlen bei contra in etwa dem Stand vor der EU-Erweiterung angeglichen. Wir beraten und unterstützen ca. 60 Klientinnen im Jahr. Von diesen 60 Klientinnen werden in etwa 7-9 Klientinnen durch polizeiliche Dienststellen an uns vermittelt. Die restlichen Frauen finden den Kontakt zu contra auf anderen Wegen. Jedoch muss man sagen, dass es sich nicht bei allen Fällen um Menschenhandel im Sinne des StGB handelt, sondern auch um Fließbereiche wie z.B. Ausbeutung in der Prostitution oder andere Formen der Gewalt im Migrationsprozess. In Einzelfällen haben wir Kontakt zu Frauen erlangt, die im Sinne des § 233 StGB, dem Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft betroffen waren.

Im Jahr 2008 sind 57 Frauen von contra beraten und unterstützt worden. Außerdem wandten sich auch wieder Angehörige und Bekannte betroffener Frauen sowie Beratungsstellen und Behörden an contra, um Fachberatung zu erhalten. Die Klientinnen waren von Frauenhandel in die Prostitution, Ausbeutung in der Prostitution, Heiratshandel, Arbeitsausbeutung sowie weiteren Gewaltformen im Migrationsprozess betroffen. Wie im Bundestrend war auch contra zunehmend mit Beratungsbedarf von Frauen konfrontiert, die von Zwangsheirat bedroht waren. Da ein spezielles Beratungsangebot in S-H fehlt, mussten gemeinsam mit anderen Beratungsstellen individuelle Lösungen gefunden werden.

Knapp die Hälfte aller beratenen Frauen stammte aus den neuen EU-Ländern, wie im Jahr 2007 hier insbesondere aus Polen und Bulgarien sowie aus Tschechien, Rumänien und der Slowakei. Etwa ein Drittel der Frauen stammte aus Nicht-EU-Staaten. Gleichzeitig hält die Entwicklung an, dass sich auch deutsche Frauen an contra wenden, meist sind diese von Ausbeutung in der Prostitution oder Zwangsprostitution betroffen.

Gesamt gesehen stammt die Hauptgruppe betroffener Frauen aus den MOE Staaten (19), gefolgt von Frauen aus Südeuropa (14), gefolgt von deutschen Frauen (10), danach Frauen aus Asien (7), aus Mittel- und Südamerika (5) aus Afrika (2). Zu den afrikanischen Frauen ist zu sagen, dass in anderen Bundesländern deutlich mehr Frauen in den Fachberatungsstellen beraten werden – aber in Schleswig-Holstein scheint der Anteil afrikanischer Frauen in der Prostitution gegenüber andern Bundesländern sehr gering zu sein (so die Aussagen polizeilicher Dienststellen). Das erklärt auch, warum vergleichsweise wenige Frauen aus Afrika in der Beratung von contra sind.

Auffallend ist, dass kaum russische Frauen vorkommen, dies entspricht wohl auch dem Bundestrend – nach Medienberichten werden Frauen aus dem russischsprachigen Raum zurzeit oftmals im arabischen Raum Opfer von Frauenhandel.

Im Jahr 2009 beobachten wir einen eklatanten Anstieg der Beratungen bei contra - es handelt sich dabei vermehrt um Fälle von Menschenhandel in die Prostitution, Arbeitsausbeutung, Heiratshandel aus ganz Schleswig-Holstein.

Eine unserer neuen Erkenntnisse ist, dass Frauen aus den neuen EU-Staaten häufiger als früher zur Polizei flüchten, um ihrer Situation zu entrinnen.

So gab es in den Jahren 2006 – 2009 jeweils mehrere Klientinnen, die z.B. in ländlichen Gebieten weite Strecken über Stock und Stein gelaufen sind, um eine polizeiliche Dienststelle zu erreichen. Dabei gab es wiederum mehrere Klientinnen, die Passanten aktiv angesprochen haben, um sich den Weg zur Polizei zeigen zu lassen. Alle diese Frauen, zumindest die durch uns beraten wurden, stammten aus den neuen EU-Staaten: aus Polen, Tschechien und Bulgarien.

Wir vermuten, dass hier doch der legale Aufenthalt den entscheidenden Unterschied macht. Die Frauen müssen nicht befürchten, festgenommen zu werden, weil sie sich illegal aufgehalten haben.

Insgesamt ist zu sagen, dass sich der Bereich Frauenhandel in Schleswig-Holstein gewandelt hat und auf diese Veränderungen reagiert werden muss, um den Frauen eine adäquate Unterstützung zu gewährleisten. Wir können keine Prognosen abgeben für die kommende Zeit, dafür ist das Phänomen Frauenhandel zu flexibel und von vielen verschiedenen Faktoren abhängig.